

Die Verfasser\_innen und hundert Erstunterzeichnende aus Wissenschaft und Lehre fordern mit dem Aufruf „Für solidarische Bildung in der globalen Migrationsgesellschaft“ die bildungspolitisch und pädagogisch Handelnden dazu auf, sich „die in diesem Votum skizzierte Maxime zu eigen zu machen und für sie in ihren Handlungszusammenhängen offen und klar einzutreten“. Wir dokumentieren den Appell zum Handeln in leicht gekürzter Form; den vollständigen Wortlaut – und die Möglichkeit, selber zu unterzeichnen – finden Sie unter [auf-ruf-fuer-solidarische-bildung.de](#).

# Für solidarische Bildung in der globalen Migrationsgesellschaft

Ein Aufruf aus Erziehungswissenschaft, Pädagogik und Sozialer Arbeit

von Paul Mecheril, Claus Melter, Astrid Messerschmidt, Astride Velho und anderen

Wechselwirkungen von politischen Konfliktlagen und ökonomischer Ungleichheit haben in einer Vielzahl von Ländern zu unerträglichen Lebensbedingungen geführt. Nach Schätzungen des UNHCR sind weltweit über 59 Millionen Menschen auf der Flucht. Mittlerweile handelt es sich dabei um eine der größten Fluchtbewegungen seit dem Zweiten Weltkrieg.

Die europäische Flüchtlingspolitik der letzten Jahrzehnte war und ist nach wie vor im Wesentlichen von dem Versuch gekennzeichnet, durch Stärkung der europäischen Grenzeinrichtungen Menschen auf der Flucht die Einreise nach Europa zu erschweren. So stellte die EU beispielsweise Griechenland im Jahr 2012 für die Versorgung von Asylsuchenden vier Millionen Euro und für die Grenzsicherung 200 Millionen Euro zur Verfügung. Diese Politik hat ein europäisches Grenzregime errichtet, das sukzessive weiter nach Süden und Osten verschoben und militarisiert wird und inzwischen viele Tausende Menschenleben gekostet hat. [...] Im öffentlichen Diskurs werden zunehmend Positionen respektabel, die mit an rassistische Deutungsmuster anschließenden Argumenten (etwa: die mangelnde Sittlichkeit der geflüchteten Menschen) zu begründen versuchen, warum die Verweigerung von Asyl und Zuflucht legitim sei.

Geflüchtete haben Beweggründe für die riskante Entscheidung, nach Orten zu suchen und zu streben, an denen ein wahrscheinlicheres Überleben und ein besseres Leben möglich sind. Die Missachtung der Motive geflüchteter Personen und der Begründetheit jeder Flucht führt zu neuer Ausgrenzung. In der europäischen Öffentlichkeit werden Bürgerkriege und Terror zwar nicht bezogen auf die Beteiligung Europas aufgrund eigener ökonomischer und geopolitischer Interessen thematisiert,

aber als legitime Gründe für Migration und Flucht angesehen. Freilich gehören zu den globalen Fluchtursachen auch die Ausbeutungswirklichkeiten in den globalisierten, postkolonialen Industrien und Landwirtschaften sowie die damit verbundenen

Folgen, von denen die europäischen Staaten und Konsument\_innen zumeist profitieren, die

aber häufig unerträgliche und perspektivlose Verhältnisse schaffen, welche zur Auswanderung führen. [...] Den pädagogischen und sozialen Organisationen und Bildungsinstitutionen fällt die zentrale Rolle zu, auf die aktuellen globalen Verhältnisse einzugehen und Flucht/Asyl im Zusammenhang globaler Not und Ungleichheit als einen bedeutsamen, allgemeinen Bildungsgegenstand zu begreifen.



[...] es geht auch darum, dazu anzuregen, dass die Individuen und sozialen Gruppen sich im Sinne eines Bildungsprozesses mit ihrer mehr oder weniger privilegierten Stellung in der Welt auseinandersetzen und sich ihrer Involviertheit in Strukturen globaler Ungleichheit und Gewalt sowie ihrer spezifischen Handlungsmöglichkeiten bewusst werden. Als ein zentrales Bildungsziel des 21. Jahrhunderts kann vor diesem Hintergrund das Streben nach globaler Solidarität angegeben werden. Zeitgemäße Solidarität ist nicht im Modell einer Solidarität unter einander Vertrauten zu konzipieren, sondern hat sich zu bewähren in von Pluralität und Differenz geprägten Bedingungen. Dieses Bildungsziel gilt es begrifflich und didaktisch (weiter)zuent-

Die Missachtung der Motive geflüchteter Personen und der Begründetheit jeder Flucht führt zu neuer Ausgrenzung.

Die Reaktionen auf fluchtbedingte Einwanderung müssen über bloße Hilfsmaßnahmen hinausgehen.

wickeln und zu stärken, auch um dem in Europa erneut zunehmenden Zuspruch rassistisch-identitärer Positionen nicht hilflos beizuwohnen.

Bildungspolitik, Erziehungswissenschaft und Soziale Arbeit haben für eine migrationsgesellschaftliche Bewusstseinsbildung einzutreten, damit die historischen, ökonomischen, rechtlichen, politischen und sozialen Hintergründe, Zusammenhänge und Folgen von globaler Ungleichheit und Gewalt zum Gegenstand von Erziehung und Bildung werden. Die Reaktionen auf fluchtbedingte Einwanderung müssen über bloße Hilfsmaßnahmen hinausgehen und zudem die unhintergehbaren Rechte aller Menschen betonen und stärken. So leben nach Angaben der UNICEF mehr als 65.000 geflüchtete Kinder mit unsicherem Aufenthaltsstatus in Deutschland. [...]

Um solidarische Bildung als tragfähiges Konzept umzusetzen, ist im Rahmen einer verantwortlichen Flüchtlings- und Migrationspolitik [...] das Ernstnehmen folgender bildungsbezogener Forderungen und Leitlinien erforderlich:

- Das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes von 2012, nach dem migrationspolitische Erwägungen und Bestimmungen die Würde des Menschen nicht relativieren und einschränken dürfen, ist umzusetzen.
- Die Angleichung der Rechtsansprüche geflüchteter und migrierter Kinder und Jugendlicher entsprechend des Kinder- und Jugendhilfegesetzes sowie der Kinderrechtskonvention ist vorzunehmen.
- Dauerhafte und reguläre Kapazitäten für die Auseinandersetzung mit Flucht und globaler Migration sind in allen pädagogischen Studiengängen und Fortbildungen zur Verfügung zu stellen.
- Die Überarbeitung und Ergänzung von pädagogischen Studiengängen hinsichtlich globalisierungsreflexiver und migrationsgesellschaftlicher Inhalte ist zu gewährleisten.
- Die systematische Auseinandersetzung mit struktureller, organisatorischer und interaktiver migrationsgesellschaftlicher Diskriminierung sowie den Möglichkeiten ihrer Minderung ist in allen pädagogischen Feldern und in allen pädagogischen Studiengängen zu etablieren.



- Der systematische Abbau migrationspezifischer staatsbürger- und aufenthaltsrechtlicher sowie organisationskultureller Barrieren beim Zugang zu Schulen, Universitäten und Ausbildungsplätzen ist ernsthaft durchzuführen.
- Historisch-systematisches Wissen um koloniale und rassistische Gewalt sowie die Vermittlung rassistismuskritischer Theorien und Handlungskonzepte sind als allgemeiner Bestandteil pädagogischer Professionalität zu implementieren.

Das universelle Bedürfnis nach angemessenen Lebens- und Arbeitsbedingungen, aber auch die vielfache wechselseitige, praktische Verwiesenheit der Weltbevölkerung aufeinander, verbindet geflüchtete Menschen, Menschen an den Zielorten der Flucht (86 Prozent aller geflüchteten Menschen befanden sich 2014 in Ländern, die als wirtschaftlich weniger entwickelt gelten) und etablierte Bewohner\_innen der relativ privilegierten Zielorte dieser Welt. Darauf kann eine zeitgemäße Solidarität aufbauen. Der Impuls, der von Migrationsbewegungen ausgeht, ist somit weitreichender als Integrationsmaßnahmen und „Willkommenskulturen“ suggerieren. Mit einer migrationsgesellschaftlichen und kritischen Pädagogik verbindet sich ein politisches Projekt, das die Ordnung der pädagogischen, ökonomischen und sozialen Organisationen und der Bildungsinstitutionen theoretisch, konzeptionell und praktisch zum Thema macht und revidiert.

Diese über die „Integration von Migrant\_innen“ hinausreichende Revision, die möglichst faire Möglichkeiten und gleiche Rechte für alle anstrebt, ist eine der wichtigsten Aufgaben der Erziehungswissenschaft, Pädagogik und Sozialen Arbeit – dann zumindest, wenn sie sich der Wirklichkeit der globalen und lokalen Migrationsgesellschaft nicht verweigert, sondern sie aktiv gerechtigkeitsorientiert zu gestalten sucht.

Wir fordern alle bildungspolitisch und pädagogisch Handelnden, nicht zuletzt die entscheidungsbefugten Akteur\_innen, dazu auf, sich die in diesem Votum skizzierte Maxime zu eigen zu machen und für sie in ihren Handlungszusammenhängen offen und klar einzutreten.

AutorInnen dieses Aufrufs sind Prof. Dr. Paul Mecheril (Oldenburg), Prof. Dr. Claus Melter (Esslingen), Prof. Dr. Astrid Messerschmidt (Darmstadt), Prof. Astride Velho (Frankfurt a.M.) und Andreas Foitzik (Baden-Württemberg), Prof. Dr. Annita Kalpaka (Hamburg), Prof. Dr. Rudolf Leiprecht (Oldenburg) und Dr. Wiebke Scharathow (Freiburg).

# Wie könnte eine „zeitgemäße globale Solidarität“ im pädagogischen Alltag aussehen?

ein Gespräch mit Annita Kalpaka

**FORUM:** Annita, du hast, mit 100 weiteren Lehrenden, den Aufruf „Für eine solidarische Bildung in der globalen Migrationsgesellschaft“ (s. vorheriger Beitrag in diesem FORUM) verfasst und veröffentlicht. Vor fast 10 Jahren hatten wir schon mal ein Gespräch zu dem Thema, das im FORUM veröffentlicht wurde. (1) Damals ging es um die, wie du es nanntest, „Leugnung von Migration“, Deutschland sei in diesen Fragen – also in den Feldern Migration, Integration und Antidiskriminierung – ein Entwicklungsland. Hat sich an dieser Situation inzwischen etwas verändert? Die Einwanderung schlicht zu verleugnen ist ja im Moment nicht mehr so einfach; selbst Herr Seehofer spricht über kaum etwas anderes ...

**Annita Kalpaka:** Nur bedingt hat sich daran etwas verändert, auch wenn wir seit 2005 das Zuwanderungsbegrenzungs-gesetz haben. Denn an der Idee, dass Migration ein vorübergehendes Phänomen ist, wird festgehalten und am Leugnen und Verdrängen von längst bekannten Einschätzungen über die Entwicklung von Fluchtbewegungen hat sich kaum etwas geändert. Die Politik zeigt sich überrascht durch die heutigen Entwicklungen: „Wir haben es nicht vorhergesehen ... *niemand* hat es vorhergesehen ... hinterher sind viele Schlaumeier, die sagen, man hätte es wissen müssen“ (O-Ton Bundesinnenminister de MaiziPre).

Es war absehbar, auch wenn das Ausmaß für viele nicht vorstellbar war. Schon im Jahr 2000 haben Wissenschaftler\_innen, Forschungsverbünde und Netzwerke von Aktivist\_innen, die intensiv zum Thema (Autonomie der Migration, Flucht, Kämpfe um Grenzen, Illegalisierung) geforscht und publiziert haben und nicht zuletzt Stimmen aus den Reihen der EU-Kommission, darauf hingewiesen, dass mit rasant steigenden Flüchtlingszahlen zu rechnen ist. Expertisen, die Wissenschaftler\_innen an die Politik kommuniziert hatten, wurden nicht zur Kenntnis genommen. (2)

Schaut man sich die Verschärfung der Gesetzgebung und die Diskussion darüber an, dass z.B. Geflüchtete aus Syrien nur begrenzte Aufenthaltstitel bekommen sollten und die Familienzusammenführung möglichst zu verhindern sei, klingt es erneut nach einer „Hoffnung“ oder Einschätzung, dass es um ein vorübergehendes Phänomen ginge. Weiterhin wird in Sicherung der Grenzen investiert, Mauern und Zäune werden hochgezogen, auch wenn mehrfach erwiesen ist, dass diese Maßnahmen zu humanitären Katastrophen und nicht zur Reduzierung der Geflüchteten zahlen führen. Geflüchtete haben diese Grenzpolitiken ad absurdum geführt. Sie haben sich sichtbar gemacht.

Insofern kann die Einwanderung als Tatsache nicht verleugnet werden, aber der Umgang damit, die gesetzlichen Verschärfungen als Reflex darauf, erinnern schon an frühere Zeiten.

Ihr habt in eurem Aufruf einige vernünftige Forderungen formuliert, die sich v.a. an die politischen Entscheider richten. Aber was sollen, müssen und können unsere Leserinnen und Leser selber tun – als JugendarbeiterInnen. Vor 10 Jahren hast du die Aufgabe im FORUM so formuliert: „Die Kunst ist, für diskriminierende Verhältnisse zu sensibilisieren ohne die MigrantInnen bzw. die Jugendlichen als bloße Opfer zu stigmatisieren oder die klassischen Pauschalisierungen und Zuschreibungen zu bedienen.“ Dabei helfe es, Räume zu schaffen, welche ihnen ermöglichen, sich jenseits der Bipolarität („zwischen zwei Kulturen“) zu verorten. Soziale Arbeit habe die Aufgabe, „für eine Balance zwischen Dramatisierung und Entdramatisierung von Differenz“ zu sorgen. Eine entscheidende Voraussetzung dafür sei die Selbstreflexion der KollegInnen, damit diese sich nicht als „Normalisierungsagenten“ betätigen und – wenn auch unreflektiert oder ungewollt – eine „Leitkultur“ produzieren. Würdest du diese Aufgabenbeschreibung für JugendarbeiterInnen heute noch genauso formulieren?

Unbedingt! Die Lage stellt sich heute verschärft dar, nicht nur, weil die Ankommenden in erster Linie „zu viele“ wären, sondern vielmehr, weil unsere Einrichtungen ihre „Hausaufgaben“ nicht gemacht haben. Das Schlagwort „Interkulturelle Öffnung“, worunter die Aufforderung einer Anpassung der Institutionen an die Realität der Migrationsgesellschaft gefasst wurde, ist inzwischen 20 Jahre alt. Nur wenig konnte bisher eingelöst werden, auch wenn offizielle Papiere, wie z.B. das Integrationskonzept des Hamburger Senats von 2013, inzwischen von „Antidiskriminierung“ spricht. Die



Idee, „wir passen die neu dazu Kommenden an“, also der „Herr-im-Hause“-Standpunkt, bleibt als Leitidee dominant.

**Passen diese Hinweise an die pädagogische Praxis auch heute noch, wenn in einigen Einrichtungen plötzlich auf einen „Altbesucher“ vielleicht acht „Neue“ kommen, weil auf der Wiese nebenan gerade eine Großeinrichtung eingerichtet wurde? Sind da nicht andere Schritte erforderlich, um eine „gute Antwort“ zu finden, und die Einrichtungen als gute und diskriminierungsfreie Orte zur Verfügung zu stellen? Oder – im Sinne eures Aufrufs: Wie könnte eine „zeitgemäße globale Solidarität“ im pädagogischen Alltag konkret aussehen? Kannst du dazu ein paar kurze Stichworte nennen?**

Ist es nicht eine allgemeine pädagogische Frage, wie man „Altbesucher“ und „Neue“ miteinander in Kontakt bringt und entstehende Dynamiken produktiv wenden kann? Auch die Klage oder Sorge von Professionellen in der Jugendarbeit, dass z.B. „türkische Jugendliche“ andere verdrängen würden, ist nicht neu. Die Kunst, Aushandlungsprozesse zu ermöglichen und Räume zu schaffen, in denen Kompetenzen für eine solidarische Praxis entwickelt werden können, ist ja unser täglich Brot (nicht nur) in der Jugendarbeit, und schon immer eine Herausforderung gewesen.

Ich will nicht herunterspielen, dass der herrschende Diskurs, die Bilder über die Geflüchteten – und zwar nicht nur in den Medien, sondern auch in unseren Köpfen und Gefühlen – eine gute pädagogische Praxis erschweren. Aber es ist auch eine Entscheidung, wie man die Adressat\_innen sehen will, ob die „Neuen“ legitime Andere sind mit eigenen Interessen, Bedürfnissen und Kompetenzen, junge Menschen mit Problemen und Sehnsüchten oder nur traumatisierte und hilfsbedürftige Flüchtlinge. Eines der Probleme ist: Man scheint „die Neuen“, „die Flüchtlingskinder“ schon zu kennen. Die Sorge oder auch das Wissen, dass es um Traumatisierte gehen könnte, dass es um schwere Schicksale gehen könnte, dass man sich nicht verständigen könnte ... führen oft zu paternalistischen und kolonialen Haltungen, die eher Mitleid hervorrufen und die Anderen zu Hilfsbedürftigen machen bzw. darauf reduzieren – keine gute Grundlage für Begegnungen auf Augenhöhe.

Foto: T. Bruns



Insofern ändern sich die Grundsätze und Haltungen subjektbezogener und emanzipatorischer Pädagogik nicht, weil die „Neuen“ nun Flucht- und Migrationserfahrung mitbringen. Dass wir als Professionelle z.B. über Traumatisierung Genaueres wissen müssen, genauso wie über andere mögliche Dimensionen bzw. Lebenswirklichkeiten unserer tatsächlichen Adressat\_innen, steht außer Frage. Die Frage ist eher wie reflexiv dieses Wissen ist und ob es den Blick erweitert oder auch verengen kann. Notwendigerweise können meine Aussagen hier nur allgemein bleiben. Es wäre im Konkreten zu klären, welches Vorgehen, welche Konzepte dem Ziel des Ankommens und der gleichberechtigten Teilhabe dienen können.

Mich beschäftigt allerdings die Frage, was genau die Überforderung ausmacht. Ist es „ihre“ Präsenz, die „unsere“ Beteiligung an diesen globalen Ungleichheits- und Ausbeutungsverhältnissen unübersehbar macht? Denn „sie“ scheinen sehr viel auszuhalten und sich ziemlich großen Herausforderungen zu stellen, um es bis hierher zu schaffen. Hat die Überforderung eventuell auch damit zu tun, dass „sie“ sichtbar werden lassen, dass unsere Einrichtungen mit Heterogenität von Lebenswirklichkeiten nicht umgehen können? Was ist genau die Herausforderung, über die sich alle einig zu sein scheinen? Haben wir es in der Sozialen Arbeit nicht immer mit Problemen und Schicksalen zu tun, die uns oft überrollen, die wir kurzfristig meistens nicht aus der Welt schaffen können? Im Gegensatz zu vielen, die aktionistisch unterwegs sind, plädiere ich daher für Entschleunigung und Überprüfung unserer Schritte und Ziele.

Um nicht missverstanden zu werden: ich bin froh, dass es diese Hilfsbereitschaft gibt und Notmaßnahmen sind sicherlich notwendig. Ich habe großen Respekt vor dem Einsatz der Helfenden und übrigens auch der Professionellen, die oft sowohl haupt- als auch in ihrer Freizeit ehrenamtlich tätig sind. Fragen, die aber gerade unter dem Druck der aktuellen Verhältnisse unterzugehen drohen – wie z.B. welche Forderungen entwickeln wir als Professionelle, wo und wie bringen wir sie an, welche Nebenwirkungen hat unsere Praxis des kurzfristigen „Helfens“, wie gestaltet sich das Verhältnis zwischen Haupt- und Ehrenamtlichen u.a.m. – brauchen gerade jetzt Zeit und Raum. Wohl wissend, dass es nicht leicht ist, im Trubel des Geschehens und in der Dramatik des Alltags diese Reflexionsräume zu schaffen, möchte ich dringend dafür plädieren.

**Das sogenannte „Flüchtlingsproblem“ wird in Deutschland und Europa derzeit eher selten im Kontext „ökonomischer und geopolitischer Interessen thematisiert oder, wie ihr schreibt, als Folge der „Ausbeutungswirklichkeiten in den globalisierten, postkolonialen Industrien und Landwirtschaften“ beschrieben. Wie ist die Resonanz auf eure klare und nüchterne Positionierung?**

Viele der Mitzeichnenden sind sehr froh über die Einordnung bzw. Kontextualisierung der aktuellen Flucht- und Migrationsbewegungen und auch über die explizite Verknüpfung mit dem Thema Bildung. Ich mache die Erfahrung, dass auch im Kontext Hochschule viele auf der Suche sind, Verbindungslinien mit ihrem jeweiligen Lerngegenstand zu erkunden.



Man kann das Thema aus aktuellem Anlass als ein Sonderthema behandeln. Angemessener und zugleich anspruchsvoller ist es jedoch, die eigenen Bildungsangebote – sei es in Einrichtungen formeller oder in Kontexten informeller Bildung – daraufhin zu überprüfen, in welcher Welt sie verortet sind. So lernen zukünftige Professionelle an der Hochschule oft vermeintlich „Allgemeines“ aus den Bezugswissenschaften wie Pädagogik, Soziologie, Psychologie und kommen dann kurz vor Ende des Studiums in ein Seminar rein, wo es um Migration geht. Mit der Vorstellung, sie erfahren nun etwas über das „Besondere“. Die Aufforderung, ihre bisherigen Wissensbestände nun umzukrempeln und das vermeintlich „Allgemeine“ zu kontextualisieren, oft zu relativieren oder gar über Bord zu werfen, ruft seltener nur Neugierde, des Öfteren eher Widerstände bei den Lernenden hervor.

Sicherlich sind die Zusammenhänge komplex und die ewige Frage, was soll ich lehren in der begrenzten Zeit eines Studiums ist nicht immer leicht zu beantworten. In der Bildungsarbeit haben wir ja den Auftrag, Welt und die jeweils eigene Position darin begreifbar zu machen, nicht zuletzt, um die jeweils spezifischen Handlungsmöglichkeiten erkennen und

bewerten zu können. Und Flucht- und Migrationsphänomene sind nun einmal für Weltverhältnisse konstitutiv.

Die aktuelle Lage können wir durchaus als Anfrage an unsere pädagogischen und didaktischen Konzepte aufnehmen – im Grunde genau etwas tun, was die Politik nicht macht: fragen, welche Möglichkeiten wir für die Veränderung unserer Einrichtungen einschließlich der Bildungsinstitutionen und der bisher entwickelten Handlungsroutinen entwickeln müssen, um gerechtigkeitsorientiert wirken zu können. Das ist eine Herausforderung.

**Vielen Dank für das Gespräch!**

Interview: Manuel Essberger

*Anmerkungen:*

- 1) Annita Kalpaka und Eddy Gil de Mejia: Die Kunst ist, für diskriminierende Verhältnisse zu sensibilisieren, ohne die Migrantinnen bzw. die Jugendlichen als bloße Opfer zu stigmatisieren ... In: FORUM 2/2006.
- 2) Exemplarisch zu nennen wären u.a. KanakAtak, Netzwerk kritische Migrations- und Grenzregimeforschung (KritNet), Rat für Migration.



Prof. Dr. Annita Kalpaka

lehrt an der HAW Hamburg im Bereich Fachwissenschaft Soziale Arbeit. Veröffentlichungen u.a. zur Migrations- und Rassismusforschung, Rassismustheorien, Subjekt- und Lerntheorien, rassistisch-kritische Bildungs- und Antidiskriminierungsarbeit.

**Damit nicht die durchs soziale Netz *fallen*, die es knüpfen sollen**

**DBSH** Deutscher Berufsverband für Soziale Arbeit e. V.  
 Tariffähige Gewerkschaft  
 Mitglied der IFSW (International Federation of Social Workers)

[www.dbsh.de](http://www.dbsh.de)  
[www.dbsh-hamburg.de](http://www.dbsh-hamburg.de)

Anzeige